

Nicht mehr auf Kosten unserer Kinder

Im österreichischen Staatshaushalt wurde jahrzehntelang auf Pump eine Fiktion aufrechterhalten. Der neue Finanzminister Hans Jörg Schelling muss auf den Großbaustellen aufräumen. Das schwedische System würde die Pensions-Schuldenbombe entschärfen. Eine nachhaltig taugliche Steuerreform erfordert einen Kraftakt.

Wolfgang Freisleben

Den neuen Finanzminister Hans-Jörg Schelling erwarten zahlreiche Großbaustellen im Staatshaushalt und brisante Reformdiskussionen. Die Verschuldung steigt entgegen aller Versprechungen weiter, lediglich die Neuberechnung des BIP bringt eine kosmetische Senkung der Schuldenquote mit sich (siehe Seite 80). Von einer nachhaltigen Sanierung ist bisher nichts zu sehen. Es gilt vor allem, die größten Schuldentreiber unverzüglich zu entschärfen, um die Dynamik der Neuverschuldung wirksam einzubremsen.

Gleichzeitig verlangt das Volk nach einer Steuerreform, mit der die berüchtigte „Kalte Progression“ endlich eliminiert wird. Denn es ist unerträglich, wenn der Steuerzahler mit einer Lohnerhöhung in eine nächst höhere Steuerstufe vorrückt, die den Lohnzuwachs gleich wieder wegsteuert.

Der Finanzminister muss auch den Mut haben, die „heiligen Kühe“ der Politiker auf Herz und Nieren prüfen. Denn seit dem legendären Kanzler Bruno Kreisky ha-

ben alle Regierungen Geld ausgegeben, als würde es ohnedies kostenlos gedruckt. Interessensgruppen, als Sozialpartner nicht immer zu Recht gelobt, haben für ihre Klientel jeweils möglichst viel herausgeholt. Gemeinsame Privilegien wie die geringe Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts und die multiple Kostenbelastung durch die föderale Struktur waren bisher unnötige Tabus. Auch möglichst üppige Pensionen für die jeweilige Klientel, inklusive der eigenen Politikerpension, wurden gemeinsam verteidigt. Schließlich drängten die Banken dem Staat Kredite geradezu auf, weil die Republik ja schließlich als hervorragender Schuldner galt. Und so wurde auf Pump ausgegeben und versprochen, als gäbe es kein morgen.

Als teuerster und geradezu luxuriöser Schuldentreiber erweist sich heute das Pensionssystem. Eine beliebte Wahlkampf-Gaukelei der SP-Kanzler und Gewerkschaftsbosse lautet jahrzehntelang: Die Pensionen sind sicher. Das jährliche Loch in der Pensionskasse wurde einfach von der Republik



Ex-Finanzminister Androsch: Warnte schon 1980 vor der Pensions-Schuldenbombe

gestopft, die dafür immer neue Kredite aufnahm und die Staatschulden erhöhte. Jahr für Jahr erforderten Fehlbeträge Zuschüsse aus dem Staatshaushalt, die wiederum mit immer neuen Krediten finanziert wurden. Die ausufernden Staatsschulden werden den Kindern und weiteren nachfolgenden Generationen aufgebürdet. Diese Schuldenbombe tickt unaufhörlich weiter.

Mit dem neu eingeführten individuellen Pensionskonto können allerdings die Beitragszahler noch über viele Jahre getäuscht werden. Bis sie der Wahrheit in Form von Mini-Pensionen auf die Spur kommen, genießen die heute aktiven Politiker ohnedies bereits ihre üppigen Sonderpensionen. Der Arbeitsgrundsatz von Kanzler Werner Faymann, Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Gewerkschaftsboss Erich Foglar heißt offenbar: Und hinter uns die Sintflut. Das österreichische Pensionssystem ist jedenfalls zu einer kaum noch finanzierbaren Belastung für die gesamte Volkswirtschaft geworden, die bisherigen Reförmchen brachten keine nennenswerte Lösung.



^o BUNDESBEITRAG ZU DEN PENSIONEN:

1980	1.530 Mio. €
2000	5.150 Mio. €
2011	8.072 Mio. €
2012	8.978 Mio. €
2013	8.916 Mio. €
2014	9.130 Mio. €
2015	9.612 Mio. €

Dass unser Pensionssystem nur auf Pump finanziert werden kann, ist allerdings nicht neu. Schon Ende der 1970er Jahre hat ein Ingenieur namens Walter Lüftl an Hand der Geburtszahlen in der „Presse“ publiziert, dass die Pensionsdynamik Jahr für Jahr steigende Pensionszuschüsse aus dem Budget erforderlich macht und nach und nach in Richtung Unfinanzierbarkeit tendiert.

Der Kettenfabrikant Franz Kohmaier dokumentierte seine Warnungen 1981 in einem Buch mit dem eindeutigen Titel: „Pension in Not – Das österreichische Sozialsystem vor dem Zusammenbruch. Neuorientierung – Lösungen.“ Beide Autoren beherrschten im Gegensatz zu unseren Politikern schlichtweg einige nicht sehr schwierige Rechnungsarten und zeigten Verantwortungsbewusstsein, indem sie die Misere aufzeigten. Politiker und Gewerkschafter wussten indes nur eine Antwort: Höhere Staatsschulden eben.

ANDROSCH VERLANGTE VOR 35 JAHREN EINE PENSIONSREFORM

Lüftl und Kohmaier bekleideten kein politisches Amt. Das hatte damals als Finanzminister der heutige Industrielle Hannes Androsch inne. Auch er erkannte das Problem der künftigen Generationen und wollte 1980 bereits die Weichen neu stellen. In Briefwechseln mit Kanzler Bruno Kreisky und Sozialminister Gerhard Weisenberg warnte er vor der Doppelbelastung des Staatshaushaltes durch jährliche kreditfinanzierte Pensionszuschüsse und den daraus folgenden Schuldendienst des Staates. Das konnte Androsch natürlich mit Zahlen belegen. Vergebens. Die Gewerkschafter ließen ihn auflaufen und bestanden auf dem dreisten Griff in die Taschen der späteren Generationen, mit dem sie das Wahlvolk täuschten und ihre eigenen gut bezahlten Karrieren in Politik und Gewerkschaft prolongieren konnten. Selbstverständlich mit privilegierten Ruhebezügen in Höhe des Vielfachen der Pension des Durchschnittsbürgers. Es schmarotzte und schwindelte sich zu lange zu gut im Staate Österreich auf Kosten der Bürger.

Seit Jahrzehnten gilt offiziell der von niemandem unterschriebene und längst ausgehebelte „Generationenvertrag“: Die aktiven Beitragszahler sollen die Pensionisten finanzieren. Die gleichzeitig notwendige Kreditfinanzierung wird jedoch weiterhin gewissenlos verschwiegen, treibt aber die Staatsschulden immer schneller der Unfinanzierbarkeit entgegen. Denn eine um drei Monate pro Jahr steigende Lebenserwartung bewirkt, dass der Staat (real) bald doppelt so viel Geld aus dem Budget zuschießen muss wie heute mit rund zehn Milliarden Euro pro Jahr; in 30 Jahren bereits dreimal so viel. Im Jahr 1980 waren es erst 1,53 Milliarden Euro, 2000 bereits 5,15 Milliarden. Allein von 2008 bis 2012 nahm der staatliche Zuschuss zu den ASVG-Pensionen um 31 Prozent zu, in Teilen des Öffentlichen Dienstes noch stärker.

PENSIONSDEFIZIT VERURSACHT GROSSTEIL DER STAATSSCHULDEN

Zur vollen Wahrheit müssten aber auch noch die Folgekosten der Schulden in Form von Zinsen und Zinseszinsen hinzu addiert werden. Das reicht für die letzten 35 Jahre insgesamt in eine Dimension von rund 200 Milliarden Euro oder etwa 80 Prozent der gegenwärtigen Staatsschulden. Sie waren und sind somit die größten Schuldentreiber der Nation.

Das Umlageverfahren und die Ebbe in der Staatskasse sorgen dafür, dass jeder heutige und kommende Beitragszahler garantiert weniger an Pension erhält als seine Eltern und Großeltern. Denn die „Baby-Boomer“ der geburtenstarken Jahrgänge 1957 bis 1969, die in wenigen Jahren mit Pensionsansprüchen beginnen, erfordern sprunghaft steigende Pensionszahlungen, die von den geburtenschwachen Jahrgängen nach dem „Pillenknick“ finanziert werden sollen. Das lässt sich jedoch mit der völlig intransparenten Pensionsberechnung durch ein Computerprogramm trefflich kaschieren und jährlich diskret anpassen. Parallel dazu wird die „Eigenvorsorge“ propagiert mit der Aufforderung, die – immer dürftigere – Staatspension durch Einzahlung bei einer der privaten Pensionskassen aufzufetten.



Sozialminister Hundstorfer: Als Gewerkschafter an Pensionsreform nicht interessiert

Deren Pensionsberechnung ist aber ein va banque-Spiel, weil das Ergebnis von der Ergebligkeit der Kapitalmärkte und dem Geschick der Pensionsfondsmanager abhängt.

SO KÖNNTE SCHWEDEN UNSER PENSIONSSYSTEM RETTEN

Nun hat der private Think Tank „Agenda Austria“ eine vielversprechende Änderung des Pensionssystems angedacht. Die Studienautoren Michael Christl und Dénes Kucsera fanden den Ausweg aus dem österreichischen Dilemma in Schweden. Dort zeigte sich – ähnlich wie in Österreich – ab den 1980er Jahren, dass das Pensionssystem so nicht länger funktionieren würde. Immer weniger Beitragszahler mussten immer mehr Pensionisten finanzieren. Ab 1990 erzeugte eine Immobilien- und Bankenkrise und hohe Arbeitslosigkeit zusätzlich Druck auf das System. Daraus resultierte eine Pensionsreform mit drei Zielen:

- Gleiche Behandlung von Personen mit gleicher Einkommensvorgeschichte;
- Eine steuerfinanzierte Mindestpension von derzeit 875 Euro, garantiert durch staatliche Zuschüsse;
- Fairness für alle Generationen.

Heute fußt das schwedische Pensionssystem auf einem fiktiven Pensionskonto. Der fundamentale Unterschied zu Österreich liegt darin, dass in Schweden die Beiträge der Einzahler prozentuell fix sind – und nicht die Höhe der Pensionen. Der Beitrag beläuft sich auf 18,5 Prozent des Bruttolohns (Österreich 22,8 Prozent). Das schwedische Modell ist also nicht nur finan- ▶

ziell gesichert, sondern auch um knapp ein Fünftel günstiger. 9,25 Prozent (Österreich: 10,25 Prozent) werden vom Arbeitnehmer bezahlt, weitere 9,25 Prozent (Österreich: 12,55 Prozent) vom Arbeitgeber. 16 Prozent der geleisteten Einzahlungen werden über das Umlageverfahren auf dem Pensionskonto gutgeschrieben, 2,5 Prozent über die staatlich organisierte kapitalgedeckte Komponente auf dem Kapitalmarkt angelegt.

Die Pensionshöhe ergibt sich also aus dem auf dem Pensionskonto angesparten Kapital. Bei Pensionsantritt wird die Pensionshöhe errechnet, indem das angesparte Kapital am Pensionskonto auf die erwartete Pensionsdauer aufgeteilt wird. Wer früher

zu arbeiten aufhört, bekommt automatisch eine niedrigere Pension, weil die erwartete Pensionsdauer steigt und weniger auf das Konto eingezahlt wurde. Wer statistisch eine höhere Lebenserwartung hat, bekommt ebenso eine niedrigere Pension, weil der Kontostand über einen längeren Zeitraum ausbezahlt wird.

FLEXIBLES PENSIONALTER UND TEILPENSION MÖGLICH

Außerdem können sich die Schweden den Pensionsantritt zwischen 61 und 69 Jahren auswählen. Auch eine Teilpension ist möglich, um gleichzeitig noch Teilzeit zu arbeiten. Die Verzinsung auf dem Pensions-

konto richtet sich nach dem Anstieg der Durchschnittslöhne. Dasselbe gilt für die ausgezahlten Pensionen.

Das schwedische System wird automatisch durch das sogenannte ABM (Automatic Balance Mechanism) finanziell stabil gehalten, weil es sich permanent an sich ändernde demografische (wie einen Babyboom) und ökonomische Entwicklungen anpasst. Weil die Pension von der Lebenserwartung abhängt, ist das Ergebnis für alle Generationen fair. Wenn zwei Personen mit unterschiedlicher Lebenserwartung (unterschiedliche Jahrgänge) gleich viel ins System einbezahlt haben, bekommen sie in Summe auch real gleich viel ausbezahlt.

Steuerentlastung erfordert Ausgabenreform

Harald Kolerus

Bei Steuerreformen war es bisher ähnlich wie bei den Pensionen: Fehlbeträge wurden auf Pump zu Lasten späterer Generationen finanziert. Der wesentliche Streitpunkt der gegenwärtigen Reformdiskussion ist daher, wie eine Senkung ermöglicht werden soll – ohne neue Schulden. Über diese Forderung ist bekanntlich Ex-Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindelegger gestolpert.

Die Möglichkeiten einer nachhaltigen Steuerreform sind weniger ein Geheimnis

als die Frage, welche auch tatsächlich zur Umsetzung gelangen. Ausgangspunkt ist das derzeitige Steuersystem: Jahreseinkommen bis 11.000 Euro sind steuerfrei; bis 25.000 Euro beträgt der Steuersatz 36,5 Prozent; bis 60.000 sind es 43,2 Prozent; für die höheren Einkommensbestandteile greift der Höchstssteuersatz von 50 Prozent.

EXPERTEN EMPFEHLEN

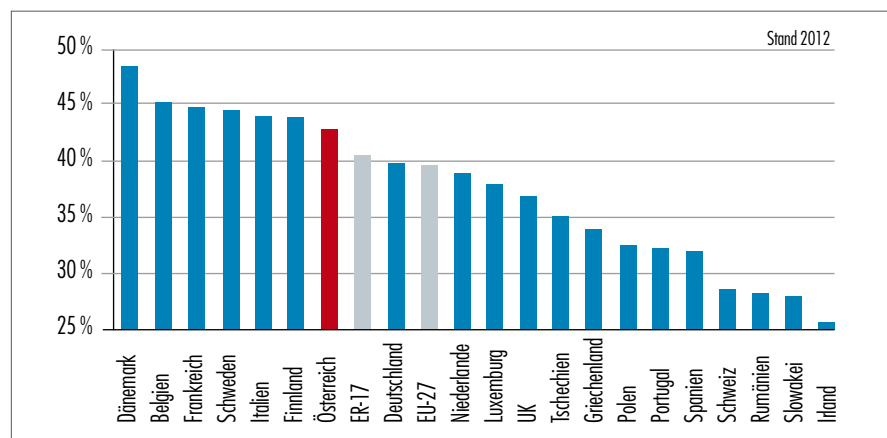
Andreas Zakostelsky, Abgeordneter zum Nationalrat, bezieht eine klare Positi-

on für die ÖVP. Der Vorsitzender der Valida Holding und Obmann des Fachverbands Pensionskassen der österreichischen Wirtschaftskammer (WKO) betont dabei:

„Eine echte Steuerentlastung kommt nicht durch plakative Überschriften, sondern nur durch tatsächliche Reformen zustande. Daher ist es unser Ziel, klare ausgabenseitige Reformen zu setzen, um Spielräume für eine tatsächliche nachhaltige Steuer-Entlastung zu schaffen. Dafür brauchen wir zum Beispiel Reformen in der ÖBB-Infrastruktur, bei den Frühpensionen, der Verwaltung, den Förderungen. Die Gelder, die aus einer raschen ausgabenseitigen Reform frei werden, müssen der Finanzierung der Steuerentlastung dienen.“

Die unterschiedlichen Vorschläge werden laut Zakostelsky seit Beginn der Steuerreformkommission sehr genau geprüft und debattiert: „Beschlossen werden soll die Steuerreform sobald als möglich; das heißt aber, dass wir rasch die Reformen beschließen müssen. Wann sie in Kraft tritt, wird von der Gegenfinanzierung der erzielten Einsparungen abhängig sein. Auch ein Stufenplan ist bei der Einführung möglich“, so der Experte. Die angesprochene, notwendige Strukturreform läuft Zakostelsky zu-

ABGABENQUOTE IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH



Steuern und Abgaben sind eine hohe Belastung für die Österreicher und Österreicherinnen

Quelle: AMECO

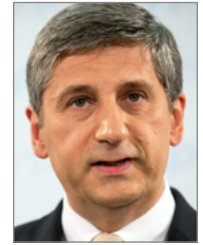
CREDITS: Archiv (ÖVP, SPÖ)

„Mitte kommenden Jahres wird die Steuerreform umgesetzt werden (...) Bei der Vermögensteuer gibt es Kompromisse, aber kein Umfallen, weil das ein Herzstück der SPÖ ist.“



Werner Faymann, Bundeskanzler

„Wir sind die Partei für all jene, die täglich fleißig arbeiten, um sich und ihren Familien etwas aufzubauen. Wer Fleiß und Tatkraft zeigt, soll etwas davon haben!“



Michael Spindelegger, über die Steuerreform gestolperter Ex-Vizekanzler

folge parallel zur Steuerreform in einer eigenen „Deregulierungs-Kommission“. Diese beschäftigt sich mit Einsparungen auf der Ausgabenseite. „Es gab dazu auch bereits umfangreiche Vorarbeiten: So hat zum Beispiel der Rechnungshof schon 2011 501 Vorschläge zu Einsparungen auf allen drei Ebenen gemacht. Die Deregulierungskommission muss nun einen Bericht erarbeiten, in dem ein einzusparger Betrag ausgewiesen wird“, meint Zakostelsky. Dieser Bericht soll eine erste Kennzahl liefern, welches Volumen in die Entlastung der Bürger und Unternehmen fließen kann.

ÖGB FÜR SCHNELLE ENTLASTUNG DER UNTEREN EINKOMMEN

SPÖ und ÖGB wehren sich – zumindest offiziell – nun auch nicht gegen sinnvolle Staatsreformen. Sie betonen aber, vor allem die unteren Einkommen schnell entlasten zu wollen. Reformen könnten ja parallel dazu stattfinden. Die konkrete Position des ÖGB, der sozusagen als „linke Speerspitze“ einer Steuerreform agiert, lautet dabei wie folgt:

„Um niedrige und mittlere Einkommen nachhaltig zu entlasten, muss der Eingangsteuersatz von 36,5 Prozent deutlich gesenkt werden. Das allein ist aber zu wenig, sonst ist der Effekt nach zwei Lohnrunden wieder weg“, so ÖGB-Präsident Erich Foglar. Er fordert eine Unterteilung in mehrere kleinere Schritte, das würde niedrigere Einkommen knapp über 11.000 Euro im Jahr besonders entlasten. Kolportiert wird dabei immer wieder eine Reduktion des Eingangsteuersatzes auf rund 25 Prozent. Kritiker meinen allerdings, dass das derzeit schlichtweg nicht leistbar ist, was wiederum

zur Frage der Gegenfinanzierung führt. Viel diskutiert wird in diesem Zusammenhang die Einführung einer „Reichensteuer“ und/oder die Wiedereinführung der Erbschaftsteuer, wie von SPÖ und ÖGB gefordert. Solche Maßnahmen stehen ebenfalls in der Kritik, weil sie nur geringe Einnahmen generieren, einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich bringen und ebenfalls „den kleinen Mann“ belasten würden. Die Rede ist oft von einer „Schrebergartensteuer“ oder auch „Schnüffelsteuer“.

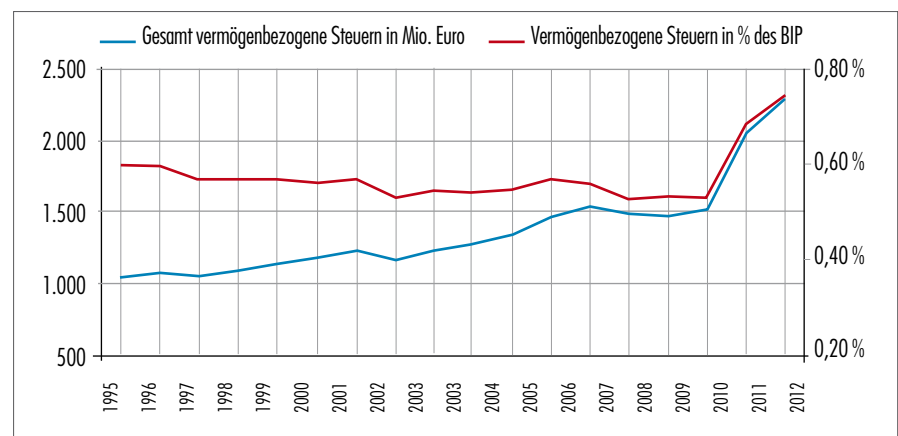
Zakostelsky meint dazu: „Eine zusätzliche Gegenfinanzierung durch vermögensbezogene Steuern lehnen wir ab; wir wollen im Interesse künftiger Generationen diese Entlastung nicht durch neue Steuern finanzieren. Das erzielbare Aufkommen und die dabei anfallenden Bewertungs-, Einhebungs- und Prüfungs-Aufwände machen den Nettoertrag einer sogenannten Reichensteuer sehr bescheiden. Eine Vermögensteuer ist daher aus verwaltungswirtschaftlichen Gründen nur sinnvoll, wenn sie breiter ausgelegt wird – dann aber trifft sie den Mittelstand. Dagegen sprechen wir uns ganz klar aus.“

gemischen Gründen nur sinnvoll, wenn sie breiter ausgelegt wird – dann aber trifft sie den Mittelstand. Dagegen sprechen wir uns ganz klar aus.“

ZAHLT DER MITTELSTAND ODER DIE KLEINVERDIENER?

Allerdings sind bei Erbschafts- und Vermögensteuer doch recht großzügige Freibeträge von 500.000 bis einer Million Euro vorgesehen – trifft eine solche Reform tatsächlich die Kleinverdiener? Vertreter der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund glauben das nicht. Wobei die Sektion 8 zwar nur einen kleinen Teil des Gefüges innerhalb des SPÖ-Parteiapparates darstellt; die „Jungen Wilden“ aus dem Alsergrund haben sich aber dennoch zu einer Art linkem Think Tank der „Roten“ entwickelt. Seitens der Gruppe Wirtschafts- und Sozialpolitik der Sektion 8 heißt es nun: „Die folgenden Fakten machen klar, dass man den Begriff Mittelstand schon sehr eigenwillig definieren muss, um ▶

VERMÖGENBEZOGENE STEUERN IN ÖSTERREICH, 1995-2012



Vermögenbezogene Steuern sorgen nur für einen geringen Teil der Staatseinnahmen

Quelle: eigene Berechnungen, Statistik Austria: Steuern und Sozialbeiträge in Österreich, Einnahmen des Staates und der EU.

INTERVIEW ^o

CHRISTIAN KEUSCHNIGG,
LEITER INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN



GELD ^o Welche Maßnahmen wären für eine Steuerreform zielführend?

CHRISTIAN KEUSCHNIGG: Es ist auf jeden Fall sinnvoll, den Faktor Arbeit

zu entlasten und im Zuge dessen beim Eingangsteuersatz anzusetzen. Das ist in der gesamten Diskussion praktisch unumstritten und auch ich persönlich halte diesen Schritt für das Gebot der Stunde. Man muss in diesem Zusammenhang hinzufügen, dass eine Senkung des Eingangsteuersatzes sehr breit wirken würde, sprich auch höhere Einkommensgruppen würden entlastet werden. Die entscheidende Frage und Streitpunkt sind daher die Möglichkeiten der Gegenfinanzierung. Im Prinzip stehen zwei Möglichkeiten zur Verfügung: Einsparungen bei den Ausgaben oder durch die Einführung neuer Steuern die Einnahmen zu erhöhen. Eine weitere Verschuldung stellt hingegen keine sinnvolle Option dar – die Staatsschuldenquote soll ja abgebaut werden.

Welchen Weg favorisieren Sie?

Ich meine, dass in erster Linie mehr gespart werden muss. Durch die Einführung neuer Steuern würde die Steuerquote weiterhin hoch bleiben. Allenfalls könnte ich mir eine Aktualisierung der Einheitswerte bei der Grund- und Grunderwerbsteuer vorstellen. Das käme dann auch einer Art von Vermögen- und Erbschaftsteuer gleich. Darüber hinaus spreche ich mich gegen neue Steuern aus. Natürlich betreffen Diskussionen rund um Besteuerung nicht zuletzt die ökonomische Weltanschauung. Die Frage lautet nämlich: Brauchen wir in Österreich mehr Umverteilung? Ich sehe hierfür keine Notwendigkeit, weil die Umverteilung hierzulande im internationalen Vergleich einen hohen Grad erreicht hat.

die Erbschafts- und Schenkungsteuer als Mittelstandssteuer klassifizieren zu können: 1,3 Prozent der Erbschaften sorgen für rund 50 Prozent des Erbschaftsteueraufkommens; die vier größten Erbschaften sorgen für rund 25 Prozent des Erbschaftsteueraufkommens; zwei Drittel aller Erbfälle sind Erbschaften unter 7.300 Euro, das Steueraufkommen dieser zwei Drittel beträgt im Schnitt 181 Euro; laut einer Befragung der Österreichischen Nationalbank (OeNB) geben 62 Prozent an, noch nie etwas geerbt zu haben.“ Daraus wird folgender Schluss gezogen: „Bei Betrachtung der Verteilung von Erbschaften und des daraus resultierenden Steueraufkommens wird unbestritten klar: Wenn es so etwas wie eine ‚Mittelstandssteuer‘ überhaupt gibt, dann ist die Erbschaft- und Schenkungsteuer in jedem Fall ihr Pendant.“

AUCH HEILIGE KÜHE MÜSSEN NOTFALLS GESCHLACHTET WERDEN

Man sieht also, dass die Positionen der beiden größten Parteien nach wie vor etwas verfahren sind. Hier besteht, wie man so schön sagt, noch einiger „Diskussionsbedarf“. Heimische Wissenschaftler nehmen auch gerne das 13. und 14. Gehalt aufs Korn. Christian Keuschnigg, Leiter des Instituts für Höhere Studien (IHS), meint dazu:

„In Wirklichkeit kann niemand sinnvolle Argumente für die günstigere Behandlung des 13. und 14. Gehalts nennen – und was keinen Sinn macht, gehört abgeschafft! Stattdessen könnte man aufkommensneu-

tral den Spitzensteuersatz auf 44 Prozent und den Eingangsteuersatz auf 32 Prozent senken. Es wäre hier sogar eine Reduktion auf 25 Prozent möglich, wenn zusätzlich die angesprochenen Einsparungen durchgesetzt werden.“

Natürlich müsse dabei kommuniziert werden, dass nicht das 13. und 14. Gehalt abgeschafft würden, sondern nur die steuerliche Sonderbehandlung. „Urlaubs- und Weihnachtsgeld würden somit erhalten bleiben, das System wäre aber wesentlich einfacher, die Steuersätze niedriger und der Ansporn, mehr zu verdienen, größer“, so Keuschnigg.

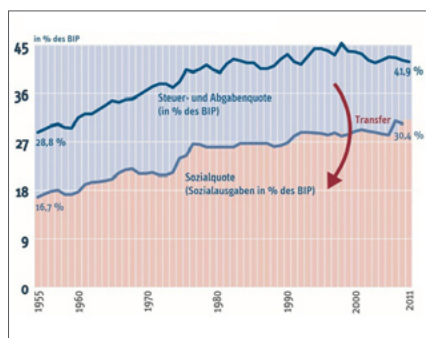
Auch Thomas Url, Spezialist für Makroökonomie am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), kennt für heilige Kühe wenig Pardon: „Die Sonderregelungen für das 13. und 14. Gehalt sollten aufgehoben werden. Das würde zu einer signifikanten Vereinfachung des Steuerrechts und gleichzeitig zu Mehreinnahmen von rund fünf Milliarden Euro führen. Das sollte reichen, um eine Steuerreform inklusive einer Absenkung des Eingangsteuersatzes zu finanzieren.“

VOR ALLEM BESSERVERDIENER PROFITIEREN VOM STEUERPRIVILEG

Nicht verschwiegen werden soll an dieser Stelle, dass von einem solchen Schritt vor allem Besserverdiener negativ betroffen sein würden, weil sie ja durch die minimale Einkommensteuer auf 13. und 14. Gehalt bis dato besonders profitieren. „Es würde sich in einem gewissen Sinne also um eine Umverteilung von oben nach unten handeln“, führt der WIFO-Experte aus.

Thomas Url kann auch dem Formeltarif einiges abgewinnen. Vereinfacht gesagt, fallen hier hohe Steuerstufen weg und die Steuerbelastung steigt fließend mit jedem mehr verdienten Euro. „Das würde Bürger davon abhalten, absichtlich gerade so viel zu verdienen, um nicht in eine Steuerklasse zu fallen, wo ein viel höherer Satz greift“, so Url. Der Formeltarif ist übrigens kein exotisches Modell und wird bereits seit Jahrzehnten erfolgreich in Deutschland angewandt.

GRENZEN DER STEUERBELASTUNG



Praktisch alle Experten fordern eine Reduktion der Steuerbelastung

Quelle: WIFO, Statistik Austria